



Herausgeber: U. S. Information Service
Embassy of the United States of America

amerika dienst

Z 12462 C

09

6. Mai 1998

NATO

**UM RUSSLAND BRAUCHEN WIR UNS KEINE
SORGEN ZU MACHEN!**

von Madeleine Albright

UMWELT

**TAG DER ERDE 1998: GLOBALE PROBLEME
UND GLOBALE LÖSUNGEN**

Rede von Außenministerin Albright

USA-DEUTSCHLAND

**DEUTSCHLAND UND AMERIKA:
EINE AGENDA FÜR DIE ZUKUNFT**

Rede von Botschafter John C. Kornblum

HANDEL

**DIE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DAS
GLOBALE HANDELSSYSTEM**

Rede der Handelsbeauftragten Barshefsky

Um Übersendung von
Belegexemplaren
wird gebeten

Deichmanns Aue 29
D 53170 Bonn

Tel.: 0228-339 2956
Fax: 0228-333 138
Internet: <http://www.usembassy.de>

Um Rußland brauchen wir uns keine Sorgen zu machen!

von Madeleine Albright

(AD) - Der nachfolgende Artikel von US-Außenministerin Albright erschien erstmals am 29.04.1998 in der New York Times. Copyright © 1998 The New York Times Company. Veröffentlichung und Übersetzung mit freundlicher Genehmigung von The New York Times Company.

Diese Woche wird der Senat gebeten, die Aufnahme Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik in die NATO zu ratifizieren.

Diese Abstimmung findet an einem Wendepunkt in der europäischen Geschichte statt. Zum ersten Mal haben wir die Chance, die alten Konfliktmuster zu durchbrechen und in der Osthälfte Europas dasselbe Rezept anzuwenden, das in der Westhälfte einen Krieg undenkbar macht. Wir haben endlich die Chance, ein ungeteiltes und freies Europa aufzubauen.

Das wird jedoch nicht geschehen, indem wir die NATO zur letzten Institution in Europa machen, die den Eisernen Vorhang als ihre Ostgrenze behält. Das wird jedoch nicht geschehen, wenn Europas wichtigstes Sicherheitsbündnis eine ganze Gruppe qualifizierter Demokratien nur deshalb ausschließt, weil sie in der Vergangenheit unterdrückt wurden. Das wird jedoch nicht geschehen, wenn sich die NATO weigert, offen für die freien Nationen zu sein, die willens und bereit sind, die mit einer Mitgliedschaft einhergehenden Pflichten zu übernehmen.

Dies ist die zentrale Frage in der Debatte über die NATO-Erweiterung. Polen, Ungarn und die Tschechische Republik haben alle Anforderungen an eine Mitgliedschaft erfüllt. Sie sind starke Demokratien mit gesunden Volkswirtschaften. Sie haben uns bei der Lösung praktisch jedes potentiellen ethnischen und territorialen Konflikts in ihrer Region geholfen. Ihre Soldaten haben im Krieg am Persischen Golf und in Bosnien ihr Leben riskiert. Alle drei Länder haben angeboten, Streitkräfte zu entsenden, falls sich im Irak ein Militärschlag als nötig erweisen sollte.

Während die Abstimmung im Senat näherrückt, argumentieren die Kritiker jedoch, wir hätten das Thema nicht lange genug erörtert. Die diplomatischste Entgegnung, die mir hierauf einfällt, ist, daß das Quatsch ist. Die NATO beschloß bereits vor vier Jahren, ihre Erweiterung fortzusetzen. Seitdem haben die anderen Mitglieder der Administration und ich eine Vielzahl von Reden gehört, an Dutzenden von Konferenzen teilgenommen, mehr als eintausend Artikel gelesen, mehrere Resolutionen des Kongresses befolgt, die uns auffordern, die Erweiterung voranzutreiben, und bei Dutzenden von Anhörungen im Senat gesprochen.

In der Zeit, die wir für die Ausarbeitung und Erörterung dieser Politik benötigten, hatten die Gründerväter der NATO nicht nur das Bündnis geschaffen, sondern auch bereits einmal erweitert. Wir wollen ehrlich sein. Die Kritiker werden niemals verstummen. Es ist an der Zeit zu entscheiden.

Das grundlegendste Argument der Kritiker lautet, die Aufnahme auch nur eines einzigen neuen NATO-Mitglieds aus Zentraleuropa würde unsere Beziehungen zu Rußland beeinträchtigen.

Meine erste Reaktion ist, mich zu fragen, warum einige die Zukunft Zentraleuropas nicht diskutieren können, ohne sofort das Thema auf Rußland zu bringen. Zentraleuropa umfaßt mehr als 20 Länder und 200 Millionen Menschen, es hat seine eigene Geschichte, seine eigenen Probleme und leistet seinen eigenen Beitrag zum Bündnis. Die meisten dieser Länder grenzen noch nicht einmal an Rußland. Aber ihre Sicherheit ist und war stets von entscheidender Bedeutung für die Zukunft von Europa als Ganzes.

Kritiker, die sich auf den Widerstand Rußlands gegen die Erweiterung konzentrieren, gehen zynischerweise von der Annahme aus, daß Rußland seine nationalen Interessen immer auf eine Weise definieren wird, die unseren Interessen abträglich ist. Sie glauben, daß Rußland stets durch den Wunsch seiner ehemaligen Satelliten, ihren eigenen Weg zu gehen, bedroht und gedemütigt und das Ende seines Imperiums niemals überwinden wird. Sie denken, Rußlands Nachbarn müßten ihren legitimen Wunsch auf unbestimmte Zeit zurückstellen, damit die Vereinigten Staaten und Rußland miteinander auskommen können.

Diese Annahmen werden Rußland nicht nur nicht gerecht - sie sind auch gefährlich. Wenn wir möchten, daß Rußland seine Umgestaltung zu einer modernen europäischen Macht vollendet, sollten wir auf keinen Fall so handeln, als sei Zentraleuropa immer noch eine russische Einflußsphäre.

Was die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland anbetrifft, habe ich als Außenministerin einen ziemlich günstigen Ausgangspunkt zu diesem Thema, und ich habe nicht die Spur eines Beweises gefunden, um die Ängste der Kritiker zu untermauern.

Die russischen Politiker mögen die NATO-Erweiterung nicht, aber die Vereinigten Staaten und Rußland haben sich beide für die Zusammenarbeit bei Themen entschieden, bei denen wir übereinstimmen - und

davon gibt es viele. Wir haben Meinungsverschiedenheiten zum Irak und Iran - aber die haben ausschließlich mit der Art zu tun, in der Rußland traditionell seine Interessen in diesem Teil der Welt verfolgt und nichts mit einem so weit entfernten Thema wie der Mitgliedschaft Ungarns in der NATO.

Auch bei der Rüstungskontrolle haben wir weiter auf Fortschritte gedrängt. Rußland liegt bei der Zerlegung von Waffen gemäß START I dem Zeitplan um ein Jahr voraus. Wir haben uns auf die Grundzüge eines START III-Vertrags geeinigt, der die Nukleararsenale auf 80 Prozent ihres Höchststandes im Kalten Krieg reduzieren würde. Mit der Bestätigung von Ministerpräsident Sergeij Kirijenko steht die Ratifizierung von START II durch die Duma bevor.

Im Grunde geht es um folgendes: Wir können die europäische Politik weiterhin als ein Nullsummenspiel betrachten, in dem Rußland verlieren muß, wenn Zentraleuropa gewinnt, und Zentraleuropa verlieren muß, wenn Rußland gewinnt. Wir können für immer mit den alten Demokratien Europas verbündet bleiben, uns aber nie mit seinen neuen Demokratien verbünden. Oder wir können uns bewußt machen, daß der Kalte Krieg vorbei ist und Europa sich grundlegend verändert hat.

"Ja" zu einer erweiterten NATO zu sagen, wäre ein gutes Zeichen, daß wir das verstehen.

* * * * *

Tag der Erde 1998: Globale Probleme und globale Lösungen

Rede von Außenministerin Albright

WASHINGTON - (AD) - Nachfolgend veröffentlichen wir unwesentlich gekürzt die von Außenministerin Madeleine Albright aus Anlaß des Tags der Erde am 21. April 1998 im National Museum of History in Washington gehaltene Rede.

Der Tag der Erde wurde zum ersten Mal 1970 - in einer nicht sehr friedlichen Zeit - gefeiert. Der Vietnamkrieg war auf dem Höhepunkt. Die Spannungen im Nahen Osten waren hoch. Die ganze Welt war geteilt zwischen Rot, Weiß und Blau auf der einen und ausschließlich Rot auf der anderen Seite. Und selbst hier zu Hause gab es tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über die Wirtschaft und die Notlage unserer Städte.

Aber dennoch traten Sorgen über die Umwelt in den Vordergrund. Wie auch nicht? Die Amerikaner konnten den Unterschied sehen, riechen und fühlen, den die Umweltverschmutzung in ihrem Leben bewirkte. Überall war Smog. In Flüssen und Seen konnte man nicht schwimmen. Und in Santa Barbara hatte es eine Ölpest gegeben.

Die nächsten Jahre waren eine bemerkenswerte Periode. Ich weiß das, weil ich für Senator Ed Muskie aus Maine arbeitete, der mich lehrte, grün zu denken. Senator Muskie und seine Kollegen in einem demokratischen Kongreß taten sich mit einem republikanischen Präsidenten zusammen. Gemeinsam verabschiedeten sie Gesetze, die sehr viel zur Säuberung unserer Gewässer, Verbesserung der Luftqualität, Schutz gefährdeter Arten und Sicherung des Transports von Öl und anderen Gefahrgütern beitrugen.

Einige waren gegen diese Schritte und sagten, sie seien nicht nötig und würden den Wohlstand gefährden. Einige stellten die Wissenschaft mit dem Argument in Frage, Fische würden in verschmutzten Gewässern gut wachsen - was sie tun, ihnen wächst ein zweiter Kopf. Und einige argumentierten, sie

hätten Wettbewerbsnachteile, wenn wir darauf bestehen würden, daß wir Luft haben, die wir atmen können, während andere Nationen das nicht haben.

Heute können wir dankbar sein, daß die Entscheidungsträger der siebziger Jahre nicht - wenn ich einen Satz aus dieser Zeit zitieren darf - den meckernden Nabobs des Negativismus zugehört haben. Statt dessen unternahmen sie Schritte, die unser Land gesünder, sauberer und wettbewerbsfähiger machen würden. Wir schulden ihnen großen Dank. Und heute sollten wir uns verpflichten, ihrem Beispiel zu folgen.

Die Bedrohungen, denen wir uns durch die Belastung der Umwelt ausgesetzt sehen, sind nicht so spektakulär wie die durch eine Bombe oder Rakete von Terroristen.

Aber wir wissen, daß die Gesundheit unserer Familien von der Gesundheit der globalen Umwelt beeinflusst wird.

Der Wohlstand unserer Familien wird davon beeinflusst, ob andere Nationen sich in nachhaltiger Weise entwickeln.

Die Sicherheit unserer Familien wird davon beeinflusst, ob wir die Verwendung von toxischen Chemikalien zurückschrauben.

Und die Sicherheit unserer Nation wird davon beeinflusst, ob wir in der Lage sind, das Entstehen von Konflikten wegen knapper Ressourcen zu verhindern.

Es gibt viel, was wir mittels Diplomatie zur Erreichung dieser Ziele tun können. Um nur drei Beispiele zu nennen: Zur Zeit fördern wir die effiziente Nutzung des Nilbeckens, unterstützen bessere Forstpraktiken in Südostasien und arbeiten auf ein weltweites Verbot der Freisetzung von umweltverschmutzenden Substanzen wie DDT und PCB hin.

Aber wenn wir so schnell Fortschritte machen wie wir gerne würden, benötigen wir auch die Unterstützung unserer Freunde im Kongreß.

Beispielsweise brauchen wir die Zustimmung zum Antrag des Präsidenten auf Mittel für das Amt für internationale Entwicklung, damit wir anderen Ländern helfen können, so zu wachsen, daß ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichem Fortschritt, sozialer Entwicklung und Umweltbelangen hergestellt wird.

Wir müssen die globale Umweltfazität (GUF) unterstützen, die in Rio geschmiedete Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung verkörpert. Dieser Partnerschaft wird nicht durch die Tatsache geholfen, daß wir in jedem der vergangenen drei Jahre hinter unserem versprochenen Anteil für die GUF zurückgeblieben sind. Wir müssen es besser machen. Wir müssen unsere Verpflichtungen in diesem und jedem Jahr voll und ganz erfüllen.

Wie der Präsident während seiner jüngsten Reise nach Afrika unterstrichen hat, bitten wir den Senat um die Zustimmung zur Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation.

Wir bitten den Senat auch um die Verabschiedung der Konvention zum Schutz der Artenvielfalt. Denn wir können unsere Zukunft nicht sichern, wenn wir die biologische Grundlage gefährden, die den Bedürfnissen jeder menschlichen Gesellschaft dient - unabhängig davon, wie arm oder reich sie ist.

Viele Verbesserungen bei der Herstellung von Nahrungsmitteln können beispielsweise auf Pflanzenkreuzungen zurückgeführt werden.

Und die Natur hat den Schlüssel zu vielen anderen Geheimnissen, die wir gerne kennen würden. Denn im rosafarbenen Immergrün haben Forscher ein Medikament zur Behandlung von Leukämie bei Kindern gefunden, in der pazifischen Eibe und der australischen Koralle Medikamente zur Behandlung von Ovarial- und Brustkrebs, im Pfeilgiftfrosch ein Schmerzmittel ohne die Nebenwirkungen von Morphium, und noch ein weiteres Krebsmittel wurde im Labor durch die Ausscheidungen von Quallen und Glühwürmchen produziert.

Die Administration vertritt die Auffassung, daß wir die Konvention zum Schutz der Artenvielfalt in einer Weise umsetzen können, die unsere kommerziellen Inter-

essen schützt und gleichzeitig diejenigen, die die Artenvielfalt schützen, davon profitieren läßt. Das ergibt wirtschaftlich, umweltpolitisch, wissenschaftlich und medizinisch Sinn. Daher hoffe ich, daß der Senat gesunden Menschenverstand walten läßt und die Konvention zum Schutz der Artenvielfalt so bald wie möglich genehmigt.

Bei unserer Konzentration auf die globale Umwelt spielt die Weltbevölkerung eine wichtige Rolle. Bei den derzeitigen Zuwachsraten nimmt sie jedes Jahr um die Bevölkerung von Mexiko zu. Und mehr als 90 Prozent dieses Zuwachses entfällt auf die Entwicklungsländer.

Wie ich bei meinen Besuchen in Südasien, Afrika, Lateinamerika und Haiti gesehen habe, erschweren es wachsende Bevölkerungen den Gesellschaften, die Lage zu meistern. Selbst wenn die Volkswirtschaften wachsen, steigt der Lebensstandard nicht. Selbst wenn geplant wird, werden Land- und Wasserressourcen erschöpft. Selbst wenn die Gesamtproduktion von Nahrungsmitteln steigt, hungern mehr Menschen.

Die Clinton-Administration befürwortet einen umfassenden Ansatz, der die Umwelt, Entwicklung sowie die Rechte und Bedürfnisse von Frauen berücksichtigt. Diese Vereinbarungen wurden per Konsens bei der Kairoer Konferenz von 1994 getroffen. Sie finden in unseren Programmen zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit und von Krankheiten sowie unserer Unterstützung für internationale Familienplanung ihren Niederschlag.

Es ist bekannt, daß einige unsere Unterstützung für Familienplanung lahmlegen wollen. Bei diesem Thema gibt es auf allen Seiten starke Emotionen. Ich weiß es, weil ich selbst emotional stark engagiert bin. Und meiner Ansicht nach benötigt und verdient internationale Familienplanung unsere Unterstützung. Die von uns geförderten Programme sind freiwillig, sie verbessern die Gesundheit der Menschen, sie retten das Leben der Menschen, sie verringern die Zahl der Abtreibungen beträchtlich und sie tragen zu einer lebenswerteren Welt bei.

Schließlich - und das möchte ich heute besonders betonen - müssen wir mit anderen auf der Welt zusammen nicht erst in Jahren, sondern heute, nicht zögerlich, sondern entschlossen handeln, um den globalen Klimawandel zu bekämpfen.

Dieses Problem betrifft uns alle.

Wie Dr. Baker klargemacht hat und führende Wissenschaftler bestätigen, erwärmen Treibhausgase unseren Planeten. Das bedeutet, um die offizielle diplomatische Sprache zu gebrauchen, wir sollten uns alle "bereit machen zu schwitzen".

Ein sich erwärmender Planet ist ein sich verändernder Planet - und er verändert sich nicht zum Besseren. Wenn wir nicht handeln, werden die Meeresspiegel im nächsten Jahrhundert weiter steigen, einige Gebiete überschwemmen und Millionen von Menschen einem größeren Risiko von Küstenstürmen aussetzen.

Wir können beträchtliche und möglicherweise plötzliche Veränderungen der landwirtschaftlichen Produktion und der Ökosysteme der Wälder erwarten, die zu einer kleineren Migration von wildlebenden Tieren und einer größeren Migration von Menschen führen.

Wir werden auch mehr durch die Hitze verursachte Todesfälle, gravierendere Probleme mit der Luftqualität, zunehmende Allergien und ein gehäufteres Auftreten von Malaria, Cholera und anderen Infektionskrankheiten erleben.

Im Gegensatz zu Dr. Baker, aber wahrscheinlich wie die meisten von Ihnen bin ich kein Wissenschaftler. Ich bin allerdings auch etwas skeptisch. Wir alle kennen Zeiten in der Vergangenheit, in denen die Niedergangspropheten eines Besseren belehrt wurden, als die Vorhersagen, daß wir bald keine Nahrungsmittel, kein Wasser und keine Luft mehr haben würden, sich als falsch erwiesen.

Ich bin also keine Panikmacherin. Aber ich stelle fest, daß der wissenschaftliche Hintergrund, der die aktuellen Projektionen stützt, das zwischenstaatliche Gremium für den Klimawandel ist, das die Arbeit von mehr als 2000 Wissenschaftlern aus über 50 Ländern vertritt. Wenn Sie seinen Bericht lesen, merken Sie, daß er sorgfältig formuliert ist, auf Fakten basiert und sowohl die Unwägbarkeiten als auch die Risiken berücksichtigt.

Aber davon abgesehen, bin ich jetzt seit 60 Jahren auf der Erde. Und ich habe nie ein Wetter wie das erlebt, was ich in den vergangenen Jahren gesehen, worüber ich gelesen und gehört habe.

Als Außenministerin kann ich die Male nicht zählen, die ich andere Staats- und Regierungschefs aufgefordert habe, Hilfe als Reaktion auf wetterbezogene Katastrophen zu leisten. In Afrika, Asien und sogar jenseits unserer südlichen Grenze in Mexiko hatte El Nino verheerende Auswirkungen für die Küstenbevölkerung.

Weltweit zählten neun der letzten elf Jahre zu den wärmsten des Jahrhunderts.

Und hier in den Vereinigten Staaten haben heftige Regenfälle um 20 Prozent zugenommen. In den vergangenen Jahren haben wir Überschwemmungen in Kalifornien, dem pazifischen Nordwesten und entlang des Mississippi, Dürren im Korngürtel Amerikas und Tornados in Florida, Alabama und - erst in der

vergangenen Woche - in Tennessee, Arkansas und Kentucky erlebt.

Außergewöhnlich schlechtes Wetter hat sehr viel mehr Implikationen als nur die Notwendigkeit neuer Schirme und Stiefel. Die menschlichen und finanziellen Kosten sind enorm. Stürme töten Menschen. Sie zerstören Häuser und töten den Tierbestand, stören die Nahrungsmittelherstellung und erfordern riesige Summen an humanitären Hilfsgütern.

Es trifft zu, daß wir nicht auf El Nino oder einen einzelnen Sturm oder eine einzelne Dürre verweisen können um zu sagen, die Erderwärmung sei schuld daran. Aber wir können auf ein Muster verweisen und sagen, es steht im Einklang mit den Trends, die die globale Erwärmung nach Ansicht der Wissenschaftler bewirken würde.

Und wir können uns fragen, ist immer mehr davon das, was wir unseren Kindern wünschen?

Unsere Wahl ist klar. Wir können weiterhin jedes Jahr mehr Kohlendioxid in die Atmosphäre pumpen, größeren und tiefgreifenderen Klimaveränderungen Tür und Tor öffnen und einfach künftigen Generationen die Konsequenzen überlassen.

Oder wir können anfangen, jetzt zu handeln, um unseren Planeten zu schützen - die Heimat unserer Kinder.

Die Administration hat sich für den letzteren Kurs entschieden. Wir befürworten ein umfassendes Abkommen über den Klimawandel, in dem die Nationen bindenden Obergrenzen für künftige Treibhausgasemissionen zustimmen.

Wir haben im Dezember vergangenen Jahres in Kyoto einen entscheidenden Schritt zu diesem Ziel unternommen. Dort haben sich die Industrienationen zum ersten Mal auf zwingend vorgeschriebene Obergrenzen geeinigt. Diese variieren von Land zu Land, wobei die Vereinigten Staaten sich in den nächsten 10 bis 14 Jahren zu einem Stand verpflichtet haben, der sieben Prozent unter dem von 1990 liegt.

Das ist angemessen, denn wenn wir die Erderwärmung verlangsamen wollen, müssen die Vereinigten Staaten dazu beitragen, den Weg aufzuzeigen. Unsere Bevölkerung macht weniger als ein Zwanzigstel der Weltbevölkerung aus, aber wir erzeugen ein Fünftel der Treibhausgasemissionen. Das spiegelt die Größe unserer Volkswirtschaft wider. Aber es bringt auch Verantwortung mit sich. Aus diesem Grund hat der Präsident in den vergangenen neun Monaten drei wichtige Initiativen eingeleitet, um die Entwicklung und den Einsatz sauberer Technologien zu ermutigen.

Mit unseren Anstrengungen können wir viel erreichen. Sie können anderen ein Beispiel geben. Sie können unser Wissen vertiefen und die Kosten innovativer Technologien und Techniken verringern. Sie können mehr und bessere Arbeitsplätze in dem riesigen und äußerst wettbewerbsfähigen Umweltfertigungs- und Dienstleistungssektor der Vereinigten Staaten schaffen. Und sie können zur Eindämmung der Treibhausgasemissionen beitragen. Aber unsere Bemühungen allein können das Problem nicht lösen.

Man geht davon aus, daß in zwei Jahrzehnten nicht Amerika, sondern China die größte Emissionsquelle sein wird. Und daß die Entwicklungsländer weitere 10 Jahre später die Quelle der meisten dieser Emissionen sein werden. Die Industrienationen haben das Problem der Erderwärmung geschaffen und müssen die Führungsrolle bei seiner Bewältigung übernehmen. Aber es ist klar, daß wir keine Lösung finden, solange die Entwicklungsländer nicht daran beteiligt sind.

Aus diesem Grund hat Präsident Clinton erklärt, daß er das Protokoll von Kyoto erst dann dem Senat vorlegen wird, wenn die Entwicklungsländer in nennenswertem Maße beteiligt sind. Um das zu erleichtern, gründen wir Partnerschaften mit vielen dieser Länder, so daß sie von den neuesten sauberen Technologien profitieren können. Das wird ihnen Wachstum auf eine Art und Weise ermöglichen, die nicht die Umwelt schädigt.

In diesem Zusammenhang freue ich mich sagen zu können, daß heute Vertreter der amerikanischen Versorgungsbetriebe hier sind, die über das Amt für internationale Entwicklung und das Partnerschaftsprogramm der Vereinigung amerikanischer Energiebetriebe saubere Energieträger in den Entwicklungsländern fördern.

Natürlich verlangt nennenswerte Beteiligung von einer armen, nicht industrialisierten Nation etwas ganz anders als von einem dicht besiedelten Schwellenland.

Senator Robert Byrd formulierte es folgendermaßen: "Bindende Verpflichtungen der Entwicklungsländer sollten mit der Fähigkeit jedes Landes Schritt halten, ... seinen nationalen Gegebenheiten und seinem Wirtschaftswachstum entsprechende Obergrenzen zu erreichen."

Wir müssen natürlich immer das Gesamtbild betrachten. Unser Ziel besteht in der Aufnahme eines Dialogs, der die Bedürfnisse jeder Nation in Betracht zieht und jede Nation davon überzeugt, daß der Kampf gegen die Erderwärmung jeden angeht und im Interesse jeder Nation liegt.

Obwohl wir noch einen weiten Weg vor uns haben, besteht Anlaß zu Optimismus.

Einige weniger entwickelte Nationen, insbesondere Inselstaaten, sind einem Anstieg des Meeresspiegels oder extremen Wetterbedingungen besonders stark ausgesetzt. Sie gehören auch zu den führenden Anhängern von Bestrebungen zur Bekämpfung des Klimawandels.

Zweitens haben viele Entwicklungsländer eine Wählerschaft, die die Gefahren der Erderwärmung versteht und möchte, daß die Welt, einschließlich ihrer eigenen Regierung, darauf reagiert.

Drittens sind Aktionen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen oft keine Belastung, sondern eine Chance. Viele Entwicklungsländer haben bereits Maßnahmen ergriffen, beispielsweise China, um auch auf andere Energiequellen zurückzugreifen, oder Mexiko, um Normen für die Energieeffizienz aufzustellen, oder Brasilien, um Äthanol stärker zu nutzen. Solche Schritte senken die Energiekosten, bewirken den sparsameren Umgang mit natürlichen Ressourcen, verringern die Kosten im Gesundheitswesen und erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit.

Auf diesen Punkt wies Präsident Clinton am vergangenen Wochenende beim gesamtamerikanischen Gipfel in Chile mehrfach hin. Er wiederholte es mehrmals: Wir in den Vereinigten Staaten wurden gewarnt, Umweltschutzmaßnahmen wie beispielsweise Emissionsstandards würden unserer Wirtschaft schaden. Wir haben trotzdem immer wieder Umweltschutzmaßnahmen ergriffen und entdeckt, daß unser Wirtschaftswachstum und unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht absondern zunehmen.

Teilweise dank der Hartnäckigkeit und Überzeugungskraft Präsident Clintons wird diese Botschaft von immer mehr Ländern akzeptiert.

Schließlich einigten sich die Parteien in Kyoto auf den sogenannten Mechanismus für saubere Entwicklung. Er sieht finanzielle Anreize für Unternehmen aus Entwicklungsländern vor, damit diese in der Dritten Welt in umweltfreundliche Kraftwerke investieren. Im Rahmen dieser Vereinbarung beteiligen sich alle an bescheinigten Emissionssenkungen, wovon sowohl die Investoren als auch das Gastland profitieren.

In meinen Gesprächen mit meinen Amtskollegen aus den Entwicklungsländern führe ich folgendes Argument an:

Wenn sich Ihr Land an den Bestrebungen zur Bekämpfung des Klimawandels beteiligt, wird Ihre Volkswirtschaft weiter wachsen, aber mehr Zugang zu neuen Technologien erhalten, die Sie wettbewerbsfähiger machen.

Ihre Exporte sind gerne gesehen, weil die Welt weiß, daß Ihre Produkte ohne Verletzung von Umweltnormen hergestellt wurden.

Ihre Bürger genießen mehr Lebensqualität, weil Sie den Weg zu mehr Wohlstand gefunden haben, ohne dafür auf saubere Luft, sauberes Trinkwasser und bewohnbare Städte zu verzichten.

Ihre Nation verdient sich Respekt durch ihre Bereitschaft, bei einer äußerst wichtigen Angelegenheit die Führungsrolle zu übernehmen.

Und Ihr Volk, Ihre Kinder und Enkel werden von dem Abkommen über den globalen Klimawandel profitieren, das von den Industriestaaten, einschließlich der Vereinigten Staaten, wahrscheinlich eher umgesetzt wird, wenn Sie sich beteiligen.

Heute gebe ich bekannt, daß wir umfassende diplomatische Bestrebungen unternehmen werden, um eine nennenswerte Beteiligung der Entwicklungsländer an der Bekämpfung des Klimawandels zu ermutigen.

Wir drängen in bilateralen Gesprächen weltweit auf entschiedene Maßnahmen in dieser Angelegenheit. Wie ich bereits sagte, stand sie auf der Tagesordnung des gesamtamerikanischen Gipfels. Ich werde sie bei meinen Gesprächen in Peking und Seoul während meiner Ostasienreise nächste Woche ansprechen. Wir werden sie kommenden Monat beim G-8-Treffen in Großbritannien, bei den ASEAN-Treffen im Juli in Manila sowie diesen Herbst in der UN-Generalversammlung zur Sprache bringen.

Um diese Bestrebungen so wirksam wie möglich zu gestalten, werde ich einen Sonderbeauftragten des US-Außenministeriums für den globalen Klimawandel ernennen, damit unsere diesbezüglichen diplomatischen Bestrebungen kreativ, konstant, konsequent und koordiniert sind. Der Sonderbeauftragte wird eng mit dem Weißen Haus und anderen Behörden sowie im Außenministerium mit dem Hauptunterhändler, Staatssekretär Stuart Eizenstat, und der amtierenden Stellvertretenden Abteilungsleiterin Melinda Kimble zusammenarbeiten.

Diese Entscheidung zeigt, welche Bedeutung wir diesem Thema beimessen. Und dasselbe gilt für die Tatsache, daß wir ein globales Abkommen über den Klimawandel wünschen, das wirklich global ist und wirklich die Gesundheit der Umwelt schützt, von der jede Nation abhängig ist.

Man sagt, neun Zehntel Klugheit würden bedeuten, rechtzeitig klug zu sein.

Wir stehen an der Schwelle zu einem neuen Jahrhundert, in dem es weitaus mehr Menschen geben wird, die noch enger zusammenleben, mehr konsumieren, mehr erwarten und mehr fordern. Wir werden unausweichlich an dem Wettrennen zwischen dem bloßen Verbrauch der Früchte menschlicher Aktivität teilnehmen und der Fähigkeit zur Anpassung, die eine Gabe des Menschen ist.

Die Politiker müssen bereit sein, harte Entscheidungen zu treffen. Wir können nicht einfach davon ausgehen, daß Wissenschaft und Technologie uns die Antworten liefern. Wir müssen auf überparteilicher Ebene zusammenarbeiten, um Regeln aufzustellen und Gewohnheiten zu pflegen, die die Grenzen unserer natürlichen Umwelt respektieren.

Ob es um die globale Erderwärmung, den Erhalt der Fischbestände oder der Wälder geht - die grundlegende Frage bleibt dieselbe. Und diese Frage ist Respekt.

Respekt vor uns selbst, dann das ist die Voraussetzung dafür, die Verantwortung für die Konsequenzen unseres Handelns zu übernehmen.

Respekt vor den Menschen in anderen Ländern, denn von ihrem Wohlergehen hängt auch unser Wohlergehen ab.

Respekt vor zukünftigen Generationen, denn wir haben die Pflicht, unsere Kinder nicht nur zu erziehen und auf die Welt vorzubereiten, sondern auch, unseren Kindern diese Welt zu erhalten.

Und Respekt vor der Natur, weil wir - alle Kreaturen - sowohl die Macht haben, die lebenserhaltenden Fähigkeiten unseres Planeten zu zerstören als auch die, alle Wunder der Erde zu würdigen und zu genießen.

Es heißt, die Sanftmütigen werden die Erde besitzen. Aber es wird Mut und Taten erfordern, um sie zu retten. Am Tag der Erde 1998 wollen wir versprechen, unsere gemeinsame Umwelt mit Respekt zu behandeln und entschlossen zu handeln, um sie für alle zukünftigen Generationen zu erhalten.

Ich danke Ihnen.

* * * * *

Deutschland und Amerika: Eine Agenda für die Zukunft

Rede von Botschafter John C. Kornblum

HANNOVER - (AD) - Nachfolgend veröffentlichen wir die vom Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in der Bundesrepublik Deutschland, John C. Kornblum, am 22. April 1998 bei der Atlantik-Brücke in Hannover gehaltene Karl-Heinz-Beckurts-Gedächtnisrede.

Es ist eine Freude und ein Privileg, heute Abend zu Ihnen sprechen zu dürfen. Wie zu allen Zeiten tiefgreifenden Wandels finden viele Diskussionen über Strömungen, Werte und Methoden statt. Welche unserer Traditionen sollten erhalten bleiben, was sollte neu sein? Diese Zusammenkunft, die Atlantik-Brücke und die Persönlichkeit, der diese Vorträge gewidmet sind, helfen uns, Antworten auf diese Fragen zu finden.

Die Atlantik-Brücke kennt sich mit Tradition und Wandel gleichermaßen aus. Sie, meine Damen und Herren, verkörpern den Geist, der Deutsche und Amerikaner in der Nachkriegszeit so eng zusammenbrachte. Sie waren auch führend bei der Anpassung an den Wandel und der Suche nach neuen Wegen, auf unseren Leistungen aufzubauen. Ich brauche nur Ihre Arbeit in den neuen Bundesländern und die Tradition der Konferenzen für junge Führungspersönlichkeiten zu nennen um zu demonstrieren, wie zukunftsorientiert Sie sind.

Ich kannte Heinz Beckurts nicht persönlich, aber ich weiß um den von ihm geleisteten Beitrag. Er stand an vorderster Front bei der Anpassung seines Unternehmens und Deutschlands an das neue Zeitalter, das sich zum Zeitpunkt seines Todes bereits abzeichnete. Er leistete zahlreiche Beiträge zur Atlantik-Brücke und den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Er verstand instinktiv die organische Verbindung zwischen der Brücke über den Atlantik und der Zukunft von Frieden und Wohlstand in Europa. Sein Tod war Bestandteil des Kampfes für die Freiheit, der die ganze westliche Welt umfaßte. Die Ereignisse seit 1986 haben auf dramatische Weise gezeigt, daß er nicht umsonst gestorben ist. Es ist eine Ehre, daß man mich

gebeten hat, seine Arbeit heute Abend mit Ihnen fortzusetzen.

Wenn ein Redner Worte wie "Agenda" anführt, haben die Zuhörer das Recht, skeptisch zu sein. Insbesondere wenn der Redner ein Botschafter ist. Ist dies eine weitere Liste beliebter politischer Initiativen, die seine Regierung verkaufen möchte? Ich möchte mich nicht in diese Gefahr begeben. Die Agenda, die ich heute vorstellen werde, ist die gemeinsamer Visionen und Aufgaben. Vielleicht können wir neue Wege sondieren, miteinander zu reden und umzugehen. Sie werden zweifelsohne einige der beliebtesten amerikanischen Ideen hören. Ich hoffe jedoch, daß sie Auswirkungen auf unsere gemeinsamen Aufgaben haben, anstatt als Ermahnung und Vorschrift zu dienen.

Wo stehen wir in der Geschichte?

Wo genau befinden wir uns in diesem Universum am Ende des 20. Jahrhunderts? Diese Frage ist nicht so einfach zu beantworten, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Vor knapp zehn Jahren erlebten wir einen historischen Wandel erster Güte. Er findet immer noch statt. Wir treten in ein neues historisches Zeitalter ein, aber die Zukunft ist noch nicht klar zu erkennen. Verschiedene Langzeittrends haben uns keinen Dienst damit erwiesen, daß sie sich überlappen und gleichzeitig verändern. Es ereignen sich so viele Dinge, daß es schwierig ist, genau zu verstehen, was geschieht. Für ein spezifisches Ereignis kann eine beliebige Zahl von Gründen angeführt werden.

Für Deutschland und Amerika ist die Frage der Geschichte besonders wichtig. Während des Groß-

teils der letzten beiden Jahrhunderte definierten Deutschland und Amerika den anderen und sich selbst über dramatische Ereignisse. Unsere Kontakte, unser Bild des anderen und sogar das Gefüge unserer beiden Gesellschaften wurden stark von den geschichtlichen Ereignissen beeinflusst. In diesem Jahr feiern wir den 150. Jahrestag der Revolutionen von 1848. Die Vereinigten Staaten erkannten als einziges Land das Frankfurter Parlament offiziell als souverän an. Unser Land wurde in unvorstellbarem Ausmaß durch die politischen Emigranten bereichert, die sich durch die darauf folgende Repression gezwungen sahen, Deutschland zu verlassen.

Die Einwanderungswellen nach 1848 drückten der amerikanischen Kultur einen deutschen Stempel auf, der noch heute sichtbar ist. Deutschlands verzweifelte Konfrontation mit der nationalen Identität und Modernisierung führte das Land auch in die Tragödien dieses Jahrhunderts. Amerikas Entscheidung zu weltweitem Engagement ist vor allem auf die zweimalige Bedrohung der Demokratie durch Deutschland während der letzten 90 Jahre zurückzuführen. Nach 1933 wurden wir erneut durch Flüchtlinge aus Deutschland und anderen Ländern bereichert, die durch den Totalitarismus in Deutschland aus ihrer Heimat vertrieben worden waren.

Der Wiederaufbau nach diesen beiden Kriegen führte uns zusammen. Das amerikanische Engagement in Europa manifestierte sich während der Berlin-Blockade durch die Luftbrücke, die vor genau 50 Jahren begann. Die Teilung Deutschlands wurde zum Symbol für die Teilung Europas. Der Bau der Berliner Mauer 1961 war der Kulminationspunkt der Ära der Konfrontation zwischen Ost und West. Und 1989, als die Mauer endlich fiel, wurde die Teilung Europas für beendet erklärt.

Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß das Verhalten Deutschlands und die Situation in Deutschland und seinen Nachbarländern während des Großteils des vergangenen Jahrhunderts das Barometer für den Frieden auf der Welt und das weltweite amerikanische Engagement waren. Und zwar so sehr, daß viele auf beiden Seiten des Atlantiks nach dem Kalten Krieg die Notwendigkeit des amerikanischen Engagements in Europa und sogar die transatlantischen Beziehungen, wie wir sie kennen, für beendet erklärten.

Die Antwort auf die Frage zu finden, wo wir in der Geschichte stehen, ist ein elementarer erster Schritt bei der Definition unserer gemeinsamen Agenda. Womit haben wir es zu tun? War das 20. Jahrhundert nichts weiter als eine unglückliche Unterbrechung der Geschichte Europas? Wenn das der Fall ist, welcher Teil der Geschichte wird dann fortgesetzt? Bedeutet das Ende des Kalten Krieges, daß Europa wieder zu seiner separaten und zentralen Rolle in der Welt zurückkehrt? Oder bedeutet die Rückkehr der Ge-

schichte das Wiederauftreten nationaler und ethnischer Konflikte? Waren die atlantischen Beziehungen nur eine Folge der Ost-West-Konfrontation? Oder haben wir etwas Neues geschaffen - eine neue historische, kulturelle und sogar geographische Synthese, die an die Stelle des Gleichgewichts der Zeit vor 1914 trat?

Sie brauchen nicht lange nachzudenken, welche Antwort ich auf diese Frage geben würde. Seit mehr als dreihundert Jahren verlagerte sich Macht von einer Seite des Atlantiks zur anderen. Während des 18. Jahrhunderts wurden viele europäische Rivalitäten in Nordamerika ausgetragen. Im 19. Jahrhundert garantierte die britische Marine im wesentlichen den Schutz Amerikas vor diesem Konkurrenzkampf der Großmächte. Unsere Demokratie und unsere Wirtschaft durften wachsen und gedeihen.

Während des 20. Jahrhunderts geschah etwas sehr Wichtiges. Anstatt von anderen beschützt zu werden, wurden wir zum Beschützer. Die Weltkriege schwächten die Fähigkeit Europas, selbst das komplexe Gleichgewicht zwischen der komplizierten Geschichte und Kultur der Länder des Kontinents zu wahren. Viele revolutionäre Veränderungen - der Aufstieg des Nationalismus, das Ende von Monarchien und der große Sprung bei der Kriegstechnologie - zerstörten den Geist der europäischen Zivilisation, wie wir ihn kannten.

Während der letzten 400 Jahre war Europa mehr als ein Gebiet auf der Landkarte. Seine Stärke war darauf zurückzuführen, daß es über die kulturellen und nationalen Rivalitäten hinweg auf eine europäische Vision sah. Seit 1945 war diese Vision nach innen gerichtet. Die Erholung von den Katastrophen zweier Weltkriege hatte die Vision getrübt, die Europa für die übrige Welt darstellte. Die Leitprinzipien der europäischen Kultur bleiben jedoch die Grundlage für die moderne demokratische Gesellschaft. Die euro-amerikanische Synthese, die während des 20. Jahrhunderts durch große Bemühungen entstanden war, bildete den Rahmen für die Träume des 21. Jahrhunderts. Nachdem jetzt Konfrontation und Teilung überwunden sind, kann Europa seine Aufmerksamkeit erneut einer umfassenderen Vision von der Welt zuwenden.

Die Geschichte endet jedoch nie. Europa bleibt eine komplexe Mischung einiger der reichsten und wichtigsten Länder der Welt. Integrale Bestandteile dieser Beziehungen sind die Vereinigten Staaten, Rußland, die Türkei und verschiedene Nationen Nordafrikas und des Nahen Ostens. Amerikanische Interessen hängen ebenso vom Funktionieren dieses Organismus ab wie die europäischen. Die euroamerikanische Welt ist wie ein Omelett, das nicht wieder zum Ei werden kann. Dort stehen wir in der Geschichte.

Der erste Punkt auf unserer gemeinsamen Tagesordnung besteht im Erhalt von Gesundheit und Stärke dieses euroatlantischen Organismus als Grundlage für diese Vision der Menschheit, die die größte Hoffnung auf den demokratischsten Frieden beinhaltet, den die Welt je erlebt hat. Die Wahrung des bisher von uns Erreichten bedeutet auch Wandel. Es bedeutet, unsere Methoden und Institutionen an neue Bedingungen anzupassen.

Das heißt auch, ein neues Zielbewußtsein für die Völker zu schaffen, die ihre Identität seit nahezu 50 Jahren vor dem Hintergrund von Konflikt und Konfrontation aufbauten. Der Zweite Weltkrieg und der Kalte Krieg beeinflussten unsere Gesellschaften viel einschneidender als wir uns je bewußt machen werden. Eine neue Struktur des Friedens muß auch innerhalb einer Nation und unter den Mitgliedern unserer Partnerschaft ein neues Identitätsbewußtsein schaffen. Insbesondere Europa muß wieder neu zusammengefügt werden und neues Selbstvertrauen und empowerment erhalten, mit denen es der ganzen Welt gegenübertritt.

Innerhalb der euroatlantischen Welt bedeutet das, daß Europäer und Nordamerikaner ihre Gesellschaften so gestalten sollten, wie sie es für geeignet halten, um ihre nationale und kulturelle Identität zu leben und die Last und die Befugnisse ihrer Partnerschaft anzunehmen. Aber all das wird nicht ohne eine Fortsetzung der transatlantischen Partnerschaft gelingen. Somit stehen wir zweifelsohne nicht an einem Punkt der Geschichte, an dem die Situation vor dem Krieg wiederhergestellt wird. Man kann die europäische und die amerikanische Zukunft nicht voneinander trennen. Und vor allem gibt es für Europa keinen dritten Weg.

Wie paßt Deutschland ins Bild?

Dieser neue euroatlantische Organismus hat ein Rückgrat - die deutsch-amerikanische Partnerschaft. Das soll die Bedeutung anderer Beziehungen nicht schmälern. Ich möchte auch nicht die Konzepte von Partnern in der Führung oder andere exklusive Verbindungen, die sich von Zeit zu Zeit entwickeln, aus der Versenkung hervorholen.

Es gibt jedoch einen Grund für den wiederholten Rückgriff auf deutsch-amerikanische Formeln im Zusammenhang mit der Zukunft der atlantischen Welt. Da ist die dramatische Geschichte. Jeder von uns definiert seine derzeitige Rolle in der Welt vor dem Hintergrund der Kriege, die wir geführt haben, und der Schlachten, die wir als Gegner oder Partner gewonnen. Es gibt auch eine lange Erfolgsbilanz bei der gemeinsamen Suche nach Lösungen für die großen Probleme unserer Zeit. Seien es der Wiederaufbau Deutschlands, das Wirtschaftswachstum in Europa oder das Ende des Kalten Krieges - Deutsche und Amerikaner haben meistens eng und pragmatisch

zusammengearbeitet, um Lösungen zu finden. Mit anderen Worten: Wir wissen, wie Dinge erledigt werden können. Meines Erachtens gebührt Walther Leisler-Kiep das Verdienst für das Konzept der Bindung an Amerika als dem ungeschriebenen Artikel in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Am wichtigsten ist vielleicht, daß die transatlantischen Beziehungen, wie wir sie kennen, ohne die Vereinigten Staaten oder Deutschland nicht existieren könnten. So einfach ist das.

Abgesehen davon ist aber kaum etwas einfach. Wenn wir das Rückgrat sind - was sonst hält uns zusammen? Amerika hat viele andere Pflichten. Deutschland ist zweifelsohne kein "full-service" Verbündeter, wie es jemand in Washington einmal formulierte. Andere sind sogar noch geschulter in internationaler Diplomatie und Machtprojektion.

Deutschland ist jedoch das größte, stärkste, produktivste und wirtschaftlich einflußreichste Land in Europa. Es schlägt auch eine Brücke über die alte Trennlinie zwischen Ost und West. Es grenzt an mehr Nachbarländer als jeder andere Staat. Mit anderen Worten: Deutschland spielt bei der Definition der Zukunft Europas eine zentrale Rolle. Ein selbstbewußtes, nach außen gerichtetes Deutschland wird dazu beitragen sicherzustellen, daß Europa der übrigen Welt erneut eine Vision aufzeigt. Ein unsicheres Deutschland wird zu einem unsicheren Europa führen. Das kann wohl nicht anders sein.

Deutschland hat eine doppelte Aufgabe. Es ist sowohl ein Anker der euroatlantischen Welt als auch ein Schlüsselement der Definition der inneren Beziehungen Europas und seiner Identität als Teil dieser transatlantischen Synthese. Eine schwierige Aufgabe, die bisher geschickt gemeistert wurde.

Das Gipfeltreffen im Mai - bei dem die Europäische Währungsunion beschlossen wird - zeigt wieder, wie vorwärtsschauend Deutschland seine Rolle spielt.

Was Deutschland nicht tun kann, ist, den Organismus in europäische und atlantische Teile zu zerlegen und sich selbst dann als eine Art Schiedsrichter zwischen ihnen zu sehen. Dieses Konzept wird mir von Zeit zu Zeit vorgelegt. Deutschland ist sicher, daß die atlantische Verbindung Bestand hat. Einige argumentieren, seine Hauptaufgabe sei jetzt die Schaffung eines getrennten europäischen Rahmens als Gegenstück zu Amerika. Nur dann könne die euroatlantische Welt prosperieren.

Bei einem solchen Ansatz sehe ich mehrere Probleme. Erstens blickt er eher zurück als nach vorne. Er geht davon aus, daß die euroatlantische Partnerschaft - um gesund zu sein - eine Art Wettbewerb zwischen zwei gleichberechtigten europäischen und atlantischen Pfeilern schaffen muß. Er ignoriert die transatlantische

Synthese, die meiner Ansicht nach vor langer Zeit stattfand. Als solches setzt er die Rolle Deutschlands herab. Es läßt Sie wie einen Bittsteller erscheinen, dessen Rückkehr in den europäischen Club von der Verteidigung Europas gegen einen überwältigenden atlantischen Partner abhängt.

Europa und Amerika sind jetzt Teil einer zusammengeführten Welt. Europas und Deutschlands Aufgabe besteht nicht darin, ein konkurrierendes Machtzentrum aufzubauen. Unsere Partnerschaft bedarf ganz ehrlich keiner besonderen Anstrengungen, um ein transatlantisches Gleichgewicht zu bewahren. Amerika und Europa haben bewiesen, daß sie erfolgreich mit den Belastungen des Wandels umgehen können, die wir von Zeit zu Zeit erleben. In der Tat war die große Überraschung der vergangenen zehn Jahre, wie wenige Belastungen es gegeben hat.

Als die führende euroatlantische Macht werden die Vereinigten Staaten häufig aufgefordert, schwierige Aufgaben zu übernehmen. Oft wird uns das Privileg zuteil, die Last zu tragen, und dann werden wir dafür kritisiert, daß wir es tun. Solche Kritik scheint mit dem Einfluß zu wachsen, den wir ausüben. Im Augenblick ist unser Einfluß besonders stark. Die Kritik auch.

Während wir mit der Kritik fertigwerden können, können wir nicht damit fertigwerden, daß man uns mit einer Aufgabe alleine läßt. Gemeinsame Bedrohungen sollten durch gemeinsame Anstrengungen bewältigt werden. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten und der amerikanische Kongreß können Kritik vertragen. Aber sie werden keine Beziehungen tolerieren, in denen die europäischen Verbündeten sich selbst als die geschickteren Diplomaten definieren, die die positiven Rollen des Dialogs und der Vermittlung vorziehen und die Polizeiarbeit den Vereinigten Staaten überlassen. Die öffentliche Meinung und der Kongreß werden nicht positiv auf Verbündete reagieren, die Europas Rolle im Aufbau neuer innereuropäischer Institutionen sehen, während die Vereinigten Staaten die Kriege führen. Es wird für uns auch schwer sein, diejenigen zu verstehen, die die Nützlichkeit starker Instrumente wie der NATO im Namen europäischer Strukturen zu begrenzen versuchen, die noch nicht einmal existieren.

Unser zweiter Tagesordnungspunkt ergibt sich aus dieser Diskussion. Die Vereinigten Staaten erwarten nicht, daß Deutschland plötzlich als neue Weltmacht auftritt. Aber wir hoffen, daß Deutschland innerhalb Europas zunehmend zur Entwicklung eines Verantwortungsbewußtseins beiträgt, das über die Rhetorik der europäischen Einheit hinausgeht. Die Vereinigten Staaten streben weder nach Hegemonie noch sind sie den Sorgen anderer gegenüber besonders unsensibel. Tatsächlich möchte ich fragen, welche andere Nation die uns seit 1990 aufgedrängte Rolle übernehmen

könnte und ebenso große Anstrengungen machen würde, den Interessen anderer gerecht zu werden?

Europa sollte jedoch nicht zulassen, daß die beiden Herausforderungen der amerikanischen Stärke und der Schaffung der europäischen Einheit seine Entschlossenheit untergraben, sich jetzt mit den aktuellen Belangen zu befassen. Wenn wir mit unseren Verbündeten über ein Projekt beraten, werden wir allzu häufig mit europäischen institutionellen Schwierigkeiten konfrontiert, statt mit einem Engagement für gemeinsame Lösungen. In der Vergangenheit gestattete die klare Herausforderung des Kalten Krieges den Vereinigten Staaten, Lösungen einzubringen, die solche Probleme überwand. Jetzt ist der Brennpunkt der sowjetischen Bedrohung entfernt worden. Weder Amerika noch Europa werden rein amerikanische Strategien tolerieren. Die Zeit verrinnt in der Tat. Der weit entfernte Tag der perfekten Einheit darf nicht als Entschuldigung für Untätigkeit genommen werden.

Wie passen die Vereinigten Staaten ins Bild?

Natürlich ist die Gleichung schwieriger. Die Vereinigten Staaten sind mehr als eine Großmacht. Seit dem Beginn des Zeitalters der Entdeckung hat die Neue Welt die Europäer sowohl fasziniert als auch abgestoßen. Selbst bevor die europäischen Siedler gelandet waren, hatten europäische Schriftsteller die fantastischsten Visionen von den neu entdeckten Kontinenten. Die bloße Idee Amerikas war seit fast vierhundert Jahren der Maßstab für Europäer, die versuchten, besser mit ihren eigenen Gesellschaften fertigzuwerden.

Das 20. Jahrhundert hat diesen Trend beschleunigt. Amerikas Jahrhundert wurde in den dreißiger Jahren vom Gründer des Time Magazine, Henry Luce, ausgerufen. Wenn die derzeitigen Trends anhalten, wird das 21. Jahrhundert wahrscheinlich eher das Zeitalter sein, in dem das volle Potential der Neuen Welt realisiert wird.

Amerikas Rolle in der Welt entfaltete sich in einem Zeitalter der Kriege und Konfrontation. Aber es ist die Aussicht auf demokratischen Frieden, die die kreativen Kräfte einer neuen Art von Gesellschaft befreit hat, die sich von Nord- und zunehmend von Südamerika aus abzeichnet. Der Harvard-Professor Joseph Nye hat einmal das Wort "sanfte Macht" geprägt, um die wahre Stärke der Vereinigten Staaten zu beschreiben. Nachdem unser Land in den siebziger und achtziger Jahren eine tiefe Vertrauens- und Gesellschaftskrise durchgemacht hatte, stellten wir fest, daß es die in unserer Offenheit und Flexibilität enthaltene sanfte Macht war, die uns auf die vor uns liegenden Herausforderungen vorbereitet hatte.

Und während wir aus der systemimmanenten Konfrontation auf ein neues Jahrtausend zugehen, werden

die Vereinigten Staaten mindestens drei zentrale Rollen in der Welt spielen:

Sie werden weiterhin der mächtigste Nationalstaat der Welt sein. Ihre wirtschaftliche und militärische Macht wird sowohl Vorteile als auch Lasten mit sich bringen. Die Vereinigten Staaten werden bei jedem internationalen Projekt von zentraler Bedeutung sein. Aber, wie ich bereits ausführte, riskieren sie ohne zuversichtliche und verantwortungsbewußte Partner, sich durch die vielen Pflichten überlastet zu fühlen, die diese Rolle mit sich bringt.

Sie werden weiterhin eine Vision der Menschheit verkörpern. Diese Vision baut auf der Botschaft des Europas auf, das nahezu 400 Jahre der Weltgeschichte gestaltete. Aber sie fügen eine Mischung aus Optimismus und Pragmatismus hinzu, die Europäer häufig schwierig finden.

Und Amerika ist zunehmend zu einem Labor und Neuerer für die Welt geworden. Unsere offenen Gesellschaften gestatten es den Talenten aus der ganzen Welt, fruchtbaren Boden zu finden. Wir bieten Ressourcen und Ermutigung ohne zu erwarten, daß diejenigen, die wir aufnehmen, unsere Gesellschaft akzeptieren oder sogar Amerikaner werden. Viele deutsche Unternehmen haben von diesem Klima profitiert und ihre Forschungsabteilungen in den Vereinigten Staaten aufgebaut. Amerika bringt Ideen und Prozesse hervor, die von jedem genutzt werden können, unabhängig von der Rolle der Regierung.

Niemand versteht diese neue Dynamik ganz. Aber diejenigen, die Amerika vornehmlich als traditionelle Großmacht sehen, begreifen das Wesentliche nicht.

Wir können auch durch den Begriff "Globalisierung" irregeführt werden. Er legt eine Art von Zentralisierung der Macht nahe, die meines Erachtens genau das Gegenteil von dem ist, was geschieht. Die vermeintliche Bedrohung durch die Globalisierung dient in Europa manchmal entweder als Argument für das Festhalten an alten Philosophien oder als Entschuldigung für Untätigkeit. Keins von beidem ist richtig.

Am interessantesten ist die Tatsache, daß während die amerikanische Gesellschaft zunehmend den fruchtbaren Boden für solche Innovation bereitstellt, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Einflüsse eher zahlreicher werden. Die Technologien von heute erlauben eine Vielfalt, die vor zehn Jahren noch undenkbar war. Mit relativ wenigen Ressourcen können Einzelpersonen, ein Unternehmen oder sogar ein Staat auf die Leistungen einer ganzen Welt zurückgreifen, bei völliger Gewährung Ihrer Un-

abhängigkeit und persönlichen oder nationalen Identität.

Betrachten Sie sich die Situation in Europa. Zu einer Zeit, in der wir alle versuchen, Strukturen für die Entwicklung von Souveränität für Bündnisse und politische Unionen aufzubauen, ist die Zahl unabhängiger Staaten größer als zu jeder anderen Zeit in den vergangenen 150 Jahren. Viele dieser neuen Länder sind sehr klein. Mehrere sind auch sehr erfolgreich. Sie müssen nicht auf globaler Ebene konkurrieren, um zufriedene und wohlhabende Gesellschaften zu sein.

Die Notwendigkeit von empowerment

Deshalb müssen wir eine ganz neue Definition für die euroatlantische Synthese suchen. Es reicht nicht aus, von zwei Pfeilern zu sprechen. Identitäten werden zunehmend auf der Basis von persönlichen oder beruflichen Interessen konzipiert. Die Scheidelinien laufen nur sehr selten durch den Atlantik.

Unsere Bürger benötigen ein neues Gefühl für empowerment. Das ist für viele Europäer ein kompliziertes Wort. Der Begriff hat etwas leicht Subversives, als ob Kontrollstrukturen angegriffen würden.

Präsident Clinton hat von empowerment als dem Gegenteil von Durchsetzung gesprochen. Das Ziel ist das gleiche. Sichere, wohlhabende und freie Gesellschaften. Völker, die in Harmonie miteinander leben. Traditionell haben politische Systeme versucht, die Ordnung zu bewahren, indem sie Verhaltensnormen durchsetzen. International haben Verträge und Armeen den Frieden bewahrt.

Moderne Technologie und Kommunikation haben Durchsetzung in dem Sinn unmöglich gemacht, daß Ideen nicht kontrolliert und Währungstransfers an Grenzen nicht gestoppt werden können sowie Nachrichten und Kultur zu jeder Zeit überall verfügbar sind. Die Gesellschaften, die eine Definition von Kultur oder Gesellschaft durchzusetzen versuchen, werden zwangsläufig auf größere Schwierigkeiten stoßen.

Eine Reihe neuer Demokratien in Europa hat diese Dynamik verstanden. Neue Währungen sind an stärkere gebunden. Sicherheit wird durch das Streben nach Solidarität mit anderen erreicht. Kultur wird als Selbstzweck entwickelt, nicht als Reaktion auf andere.

Hier gibt es auch für Deutschland eine Botschaft. Wie schnell der Wandel auch stattfinden mag, er zerstört nicht die Grundlagen etablierter Gesellschaften. Deutschland und Europa werden nicht prosperieren, wenn sie sich von dem Wandel oder den Herausforderungen außerhalb ihrer Grenzen abschotten. Wenn Europas Hauptbeitrag zur Weltzivilisation eine Vision der Menschheit war, dann sind es genau diese Vision von Freiheit, dem Wert des Einzelnen und in der

Tat empowerment, die Europas Traditionen in einer offeneren Welt bewahren werden.

Europas Rolle in der Welt wird nicht durch seine Fähigkeit bestimmt, so viele Mikrochips wie Japan oder so viel Computersoftware wie die Vereinigten Staaten zu produzieren. Sie wird letztlich von der geistigen Offenheit abhängen, die die europäischen Siedler mit in die Neue Welt nahmen.

Als Enkel von Europäern bin ich dankbar für dieses Erbe aus Europa. Es bot die unerläßliche Grundlage für das Wunder, das unsere amerikanische Gesellschaft meiner Ansicht nach darstellt. Jetzt haben wir zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit die Chance, gemeinsam demokratischen Frieden in dieser europäischen Welt aufzubauen. Dieser Frieden kann die Grundlage für eine noch erfolgreichere Anwendung unserer Prinzipien auf die vielen Völker sein, die sich immer noch nicht der Früchte der Freiheit erfreuen.

Letztlich ist das der wichtigste Aspekt unserer gemeinsamen Tagesordnung. Unser Ziel sollte sein, uns

selbst und unseren Nationen mehr Befugnisse zu verleihen, um auf der euroatlantischen Partnerschaft aufzubauen. Erstens, um die Konstruktion eines demokratischen Europas zu vollenden. Zweitens um sicherzustellen, daß unsere Bestrebungen hier nicht aufhören. Und drittens, um über unsere geographischen Grenzen hinauszublicken und die wahre Bedeutung von Europa und der euroatlantischen Welt neu zu beleben. Nur dann können wir die Vision der Menschheit verwirklichen, die über uns und unsere Nationen hinausgeht.

Sie kommen jedes Jahr aus Anlaß der Karl-Heinz-Beckurts-Gedächtnisrede zusammen, um der Grundsätze zu gedenken, die den Kern unserer demokratischen Gesellschaft bilden - Grundsätze, für die Karl Heinz Beckurts schließlich sein Leben gab. Ich danke Ihnen nochmals für die Gelegenheit, einen Beitrag zu dieser bedeutenden Tradition leisten zu dürfen.

* * * * *

Die Herausforderungen für das globale Handelssystem

Rede der Handelsbeauftragten Barshefsky

WASHINGTON - (AD) - Nachfolgend veröffentlichen wir die von der amerikanischen Handelsbeauftragten Charlene Barshefsky bei einer Konferenz des Institute for International Economics am 15. April 1998 in Washington gehaltene Rede.

Ich freue mich sehr, heute Morgen hier sein zu können. Ich habe immer gerne mit dem Institute for International Economics und mit vielen der heute bei der Konferenz Anwesenden zusammengearbeitet und sehr von dieser Zusammenarbeit profitiert. Und es ist eine besondere Freude, am Vorabend des 50. Jahrestages des GATT-Systems vor diesem Forum eine Rede zu halten und seine Aussichten für das 21. Jahrhundert zu erörtern.

Einleitung

Wir denken nicht oft genug darüber nach, aber wir sollten dankbar sein, daß wir zu diesem äußerst ungewöhnlichen Zeitpunkt der Geschichte leben.

Wenn wir unser Land betrachten, sehen wir ein Zeitalter des Wohlstands. Mehr Bürger als je zuvor haben Arbeit. Wissenschaft, Technologie und Medizin machen riesige Fortschritte. Der Bundeshaushalt ist ausgeglichen; die Verbrechensrate und die Zahl der von Sozialhilfe Abhängigen fallen; Luft und Wasser sind sehr viel sauberer als noch vor einer Generation. Und wenn wir auf dem richtigen Weg bleiben, sollten wir davon ausgehen können, daß die Wirtschaft weiterhin wächst, die Produktivität zunimmt, die Inflationsrate niedrig bleibt und der Lebensstandard steigt.

Wenn wir die Welt betrachten, sehen wir ein Zeitalter des Friedens. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten sieht sich unser Land keiner globalen Bedrohung unseres Lebensstils gegenüber. Weniger Menschen als je zuvor leiden Hunger. Die Kindersterblichkeit nimmt jedes Jahr ab. Immer mehr Menschen können lesen

und schreiben; die Wissenschaft macht Fortschritte; der Handel floriert.

Und wenn wir in die Zukunft blicken, sehen wir die Chance, im 21. Jahrhundert eine Welt zu schaffen, die unsere höchsten Werte reflektiert. Eine Welt mit einer offenen und rechenschaftspflichtigen Regierung. Fairneß. Eine saubere, gesunde Umwelt. Belohnungen für Kreativität und Unternehmergeist. Würdige Behandlung der Arbeitnehmer. Rechtsstaatlichkeit. Und Frieden unter den Nationen.

Heute Morgen möchte ich über den Stellenwert sprechen, den der internationale Handel und insbesondere das multilaterale System in den Plänen der Administration einnehmen, diese Zukunft Realität werden zu lassen. Die Probleme, die sie ansprechen müssen - von internationalen Handelsschranken bis zur Aufnahme neuer Mitglieder und der Sicherstellung, daß die Mitglieder von heute dem Geist und den Worten ihrer Verpflichtungen gerecht werden. Die Bereiche, die sie abdecken müssen - von der Förderung von Transparenz und der Bekämpfung von Bestechung und Korruption bis zu den sozialen Fragen von Arbeitsnormen über Umweltschutz bis zu der neuen Welt des elektronischen Handels. Und was vielleicht am wichtigsten ist - sie müssen die wachsenden Sorgen und Ängste den Menschen beantworten, daß Handelsabkommen oder der Handel selbst der Feind von Arbeitsplätzen und einem hohen Lebensstandard sein könnten.

Die letzten 50 Jahre

Ich möchte jedoch mit einem Rückblick auf die Menschen, Ideen und Institutionen beginnen, die uns an

diesen Punkt gebracht haben. Und ein guter Ausgangspunkt ist die Gründung der multilateralen Systeme.

Die Gründer des GATT-Systems begannen ihre Diskussionen nur wenige Monate nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie hatten zwei Lektionen gelernt. Erstens - im politischen Bereich - daß die Duldung von Menschenrechtsverletzungen und internationaler Aggression Unheil über die Welt gebracht hatte. Und zweitens - im wirtschaftlichen Bereich - daß die wirtschaftliche Loslösung der Länder voneinander nach den Handelskriegen Anfang der dreißiger Jahre die Wirtschaftskrise verschärft und es den Diktatoren und Demagogen leichter gemacht hatte, an die Macht zu kommen. Ich möchte Präsident Roosevelt zitieren:

"(Eine) unerläßliche Voraussetzung für Frieden - dauerhaften Frieden - ist ein guter Lebensstandard für alle Männer, Frauen und Kinder in allen Nationen. Freiheit von Furcht ist auf ewig mit Freiheit von Mangel verbunden... (Und) es hat sich immer wieder gezeigt, daß auch die Kaufkraft steigt, wenn in einem Land der Lebensstandard steigt - und daß ein solcher Anstieg einen besseren Lebensstandard in den Nachbarländern bewirkt, mit denen es Handel treibt."

Das Ergebnis dieser Lektionen war das uns heute vertraute Netz internationaler Institutionen. Die Vereinten Nationen. Der IWF und die Weltbank. Die Internationale Arbeitsorganisation. Und das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT. Sie alle hatten einerseits eine Verpflichtung zu Rechtsstaatlichkeit und andererseits den Glauben an die Freiheit des Menschen als bestem Garanten für Frieden und ein besseres Leben gemeinsam.

Das GATT-System begann mit Grenzmaßnahmen wie Zöllen und Quoten, die in der Tokioter Runde zu nichttarifären Handelshemmnissen und in der Uruguay-Runde zu Agrarhandel, Dienstleistungen, Investitionen, Recht auf geistiges Eigentum und in zunehmendem Maße zu den Auswirkungen des Handels auf inländische Bestimmungen wurden. Die Folge war ein liberalisierter Handel mit Waren, Dienstleistungen und Investitionen. Mehr Entscheidungsmöglichkeiten und mehr Freiheit für die Verbraucher. Effizienter und produktiver Einsatz der menschlichen, finanziellen und natürlichen Ressourcen zum Nutzen aller statt nur einiger weniger. Der Handel hat um das 16-fache zugenommen, der wirtschaftliche Output um das Vierfache. Und zumindest im wirtschaftlichen Bereich wird die Rechtsstaatlichkeit jedes Jahr mehr geachtet.

Die Beantwortung der Frage des 20. Jahrhunderts

Gleichzeitig war ein großer Teil der Menschheit - zumeist widerwillig - in einem anderen Experiment verhaftet. Auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs gaben die Herrscher den menschlichen Planern den Vorzug vor den weniger geordneten und vorher-sagbaren Kräften des Marktes.

Der amerikanische Sozialist Edward Bellamy sah in seinem sehr viel früher geschriebenen Werk **Looking Backward** die Entwicklung des sowjetischen Systems sehr gut und mit großer Zustimmung voraus: Ein Bostoner des 19. Jahrhunderts erwacht im Jahr 2000 und findet einen umfassenden Plan für den gesamten wirtschaftlichen Output. Die Bürger werden in einer "industriellen Armee" angeworben und sind angewiesen, diesen Plan jedes Jahr auszuführen. Ihnen stehen "Hauptleute", "Oberste" und "Generale" vor. An der Spitze ein "Präsident", der seinen Arbeitsplatz ohne Zustimmung des Volkes erhielt. Im wesentlichen, wie die Metapher der industriellen Armee nahelegt, ein auf Zwang statt Freiheit gegründetes System.

Eine der großen Fragen des 20. Jahrhunderts war, welches dieser Systeme - unser auf Freiheit, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit basierendes oder das auf Zwang, Planwirtschaft und Gewalt basierende sowjetische System - Erfolg haben würde. Noch in den fünfziger Jahren konnte Nikita Chruschtschow aufgrund der Überlegenheit der sowjetischen Volkswirtschaft mit der Vernichtung der Vereinigten Staaten drohen, und wir nahmen die Drohung ernst. Und das sowjetische Modell gewann bis Mitte der achtziger Jahre weiterhin Anhänger in den Entwicklungsländern.

Aber das Urteil der Geschichte ist jetzt klar. Man muß weder freie Märkte idealisieren - Wettbewerb kann schmerzhaft und entzweierend sein, und das Versagen der Märkte in Bereichen wie dem Umweltschutz ist real - noch glauben, die Regierung habe keine nützliche Rolle um zu verstehen, daß es schlicht und einfach keinen Ersatz für den Markt gibt. Wenn man freie Märkte an der wirtschaftlichen Produktivität, dem wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt sowie an den Grundwerten Freiheit und Rechtsstaatlichkeit mißt, werden sie stets spielend gewinnen.

Ein Großteil der Anerkennung dafür geht an das GATT-System. Es katalysierte die größte Zunahme des globalen Wachstums und der Chancen in der Geschichte der Menschheit. Und die Welt ist jetzt beinahe einstimmig der Meinung, daß seine Prinzipien die größten Hoffnungen für die Zukunft bieten. Der beste Beweis ist, daß China und Rußland - seit Jahrzehnten die größten Feinde freier Märkte - jetzt hoffen, dem System beitreten zu können. Und während es sich im nächsten Jahrhundert weiterentwickelt, haben wir allen Grund zu der Annahme, daß freiere, offenere globale Märkte weiterhin ihren Beitrag zu

einer Welt in Frieden und Wohlstand leisten können, Millionen Menschen aus der Armut befreien und die wirtschaftlichen Bestrebungen der Amerikaner besser verwirklichen.

Aber unsere Fähigkeit, eine solche Zukunft zu schaffen, hängt von unserer Bereitschaft ab, vier große Herausforderungen anzugehen. Erstens, die Arbeit der vergangenen 50 Jahre fortzusetzen und die Arbeit zu beenden, die im GATT-System von heute noch unbeendet ist. Zweitens, das System auf den neuesten Stand zu bringen, damit es neue Produkte, Dienstleistungen und Handelsmethoden, insbesondere die durch neue Technologien geschaffenen, einbezieht. Drittens, einen Konsens bei den durch den Handel aufgeworfenen sozialen Fragen zu finden. Und schließlich - und das ist am wichtigsten - sicherzustellen, daß das System weiterhin die Werte der Bürger reflektiert und so ihre Unterstützung erhält.

Die Vervollständigung des Systems von heute

Ich möchte mit der ersten dieser Herausforderungen beginnen: Der unbeendeten Arbeit des heutigen GATT-Systems.

1. Die traditionellen Handelshemmnisse sind zu groß

Die traditionellen Handelshemmnisse sind weiterhin zu groß. Und sie sind am größten in einigen Bereichen, in denen die Vereinigten Staaten am wettbewerbsfähigsten sind. Der Agrarbereich, in dem wir im nächsten Jahr eine neue Gesprächsrunde beginnen, ist ein offenkundiges Beispiel. Der Abbau dieser Hemmnisse wird neue Wirtschaftschancen und einen höheren Lebensstandard bedeuten, da die amerikanischen Exporte in den Bereichen, in denen die Uruguay-Runde die Zölle abgeschafft oder harmonisiert hat, nahezu 34 Prozent gestiegen sind, was weit über dem Gesamtanstieg unserer Exporte liegt. Anfang 1999 werden die Verhandlungen zur "eingebauten Tagesordnung" der Uruguay-Runde aufgenommen, einschließlich neuer Verhandlungen zur Erweiterung der Liberalisierung des Handels im Agrar- und Dienstleistungsbereich, Verhandlungen zur Verbesserung und Ausweitung der WTO-Regeln bezüglich staatlicher Beschaffung sowie Verhandlungen über das Recht auf geistiges Eigentum und anderes.

2. Neue Länder

Das System bezieht einige der größten Länder, am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften und größten Händler der Welt nicht ein. China, Rußland und der Rest der ehemaligen Sowjetunion fallen einem ein, auch Taiwan und Saudi-Arabien und bald Vietnam. Solange sie ausgeschlossen sind, ist das System unvollständig, unvollkommen und Verzerrungen durch

diejenigen ausgesetzt, die nicht an seine Regeln gebunden sind.

Die Integration vieler dieser Volkswirtschaften, die sich im Übergang befinden oder alternative Formen annehmen, ist eine komplexe Aufgabe. Um die marktorientierten Regeln der Welt zu stärken statt zu unterminieren, sollten sie einbezogen werden - aber unter den richtigen Bedingungen. Das Ergebnis müssen durchsetzbare Verpflichtungen zu offenen Märkten sein; transparente, nichtdiskriminierende Regulierungssysteme und eine effektive nationale Handhabung, sowohl an der Grenze als auch in der inländischen Volkswirtschaft. Die Aufgabe ist schwierig, aber meines Erachtens zu bewerkstelligen.

3. Mitgliedschaft in Geist und Wort

Gleichzeitig sind manche Länder seit Jahrzehnten Mitglieder des GATT-Systems, haben jedoch ihre Binnenmärkte gegen den Wettbewerb abgeschottet.

Aufeinander folgende Verhandlungsrunden haben den Wortlaut der die Märkte dieser Länder regelnden Gesetze maßgeblich geändert als die Zölle fielen, die Quoten gelockert wurden und so weiter. Aber dennoch erfüllten sie nicht den Geist ihrer Zielsetzungen. Die Märkte sind im Großen und Ganzen noch geschlossen, undurchsichtig und mehr von inoffiziellen Cliquen geleitet als von Gesetzen, Regeln und Verträgen. Japan ist hierfür ein klassisches Beispiel. Die Auswirkungen der asiatischen Finanzkrise auf andere Nationen ist ein weiteres Beispiel: Übermäßig enge Beziehungen zwischen Regierung, Unternehmen und Banken, mangelnde Transparenz und Unterdrückung von Wettbewerb und Marktmechanismen. Wenn wir in die Zukunft blicken, müssen wir prüfen, ob das GATT oder die WTO durch diese strukturellen und systemimmanenten Handelshemmnisse eher alarmiert hätten sein müssen, wie wir sie korrigieren können und wie wir ähnliche Probleme in Zukunft vermeiden.

Andere Länder, die seit langem Mitglied des Systems sind, haben unterschiedliche Methoden angewandt, um die Öffnung für globalen Wettbewerb zu verhindern. Indien hat lange die Zahlungsbilanzrestriktionen bei Importen aufrechterhalten. Viele afrikanische Nationen haben nie die grundlegenden Zollbindungen eingeführt, die ihre Märkte öffnen und ihnen Wachstum ermöglichen würden. Trotz der GATT-Mitgliedschaft haben einige Länder den Schutz insgesamt erhöht, ihre wirtschaftliche Isolierung verschärft und die Armut verschlimmert. Neue Handelsanreize, die in wirtschaftlichen Reformen verankert und beispielsweise in der Afrikapolitik der Administration verkörpert sind, sollten helfen. Wir müssen jedoch erneut fragen, warum das System diese Probleme nicht angesprochen hat.

Die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts

Zweitens muß sich das System entwickeln, um zur wirtschaftlichen Welt des 21. Jahrhunderts zu passen. Heute überqueren Dienstleistungen und Waren Grenzen, und das wird morgen noch mehr der Fall sein. Geschäfte werden per E-mail und Computer sowie in persona abgewickelt. Und die menschliche Erfindungsgabe schafft neue Kategorien von Waren, neue Formen von Dienstleistungen und völlig neue Arten, jeden Tag Handel zu treiben.

Das GATT-System verändert sich bereits, um dieser Realität gerecht zu werden. Im vergangenen Jahr schlossen wir bei der Gründung der Wirtschaft des 21. Jahrhunderts drei globale Abkommen: Die Abkommen über Informationstechnologie, Telekommunikation und Finanzdienstleistungen. Diese Abkommen sind von solcher Bedeutung, daß der WTO-Generaldirektor Renato Ruggiero von ihnen als Äquivalent zu einer großen Handelsrunde spricht.

Das Informationstechnologieabkommen (Information Technology Agreement - ITA) wird in den nächsten Jahren Zölle für ein breites Spektrum von globalen Informationstechnologieprodukten abschaffen - Produkten, die bereits heute rund jeden 30. Dollar des Bruttoinlandsprodukts der Welt ausmachen. Und wir erzielen Fortschritte bei den Verhandlungen über ein ITA II mit erweiterter Produkt- und Landesdeckung.

Das Abkommen über Basistelekommunikationsdienste bezieht 70 Länder und über 95 Prozent der Telekommunikationseinnahmen der Welt in eine 600-Milliarden-Dollar-Industrie ein. Es bietet amerikanischen und ausländischen Unternehmen Zugang zu Orts-, Fern- und internationalen Dienstleistungen über jede mögliche Netzwerktechnologie und stellt sicher, daß amerikanische Unternehmen einen maßgeblichen Anteil an Telekommunikationsunternehmen auf der ganzen Welt beschaffen, sichern und halten können. Dabei ersetzt es die 60-jährige Tradition nationaler Telekommunikationsmonopole und geschlossener Märkte durch Marktöffnung, Deregulierung und Wettbewerb, die die amerikanischen Werte des freien Wettbewerbs, fairer Regeln und effektiver Umsetzung widerspiegeln.

Und im Dezember letzten Jahres schlossen wir das multilaterale Abkommen über globale Finanzdienstleistungen ab, einschließlich Bankwesen, Wertpapieren, Versicherungen und Finanzdienstleistungen. Es deckt 95 Prozent des globalen Finanzdienstleistungsmarkts ab, und 102 WTO-Mitglieder haben jetzt Verpflichtungen zur Marktöffnung in den Finanzdienstleistungssektoren. Sie umfassen 18 Billionen Dollar an globalen Effekten, 38 Billionen Dollar an globalen (inländischen) Bankkrediten und 2 Billionen Dollar an weltweiten Versicherungsprämien.

Diese Abkommen tragen der Tatsache Rechnung, daß wir uns in einem Zeitalter des intensiven technologischen Wandels befinden. In dem die Lebensdauer von Produkten in Monaten gemessen wird und Informationen und Geld in Sekundenschnelle über den Globus bewegt werden. In dem wir es uns nicht länger leisten können, sieben Jahre bis zum Abschluß einer Handelsrunde zu benötigen oder Jahrzehnte zwischen der Entdeckung eines Handelshemmnisses und seiner Behebung verstreichen zu lassen. In dem die Infrastruktur der Wirtschaft des 21. Jahrhunderts ebenso aus Information und Kommunikation wie aus Straßen und Häfen besteht.

Und wir müssen noch mehr tun. Insbesondere müssen wir uns mit dem globalen elektronischen Handel befassen - mit elektronischer Übermittlung vor allem im Internet.

Wie der Präsident in seiner Rede bei der Konferenz "Technologie '98" feststellte, ist das Internet die am schnellsten wachsende Sozial- und Wirtschaftsgemeinschaft der Geschichte. Eine diesen Monat durchgeführte Untersuchung kommt zu dem Schluß, daß das World Wide Web heute mindestens 320 Millionen Seiten hat und zur Jahrhundertwende wahrscheinlich über mehr als drei Milliarden verfügen wird. Prognosen von Fachleuten zufolge wird allein der elektronische Handel zwischen Unternehmen in den Vereinigten Staaten im Jahr 2002 die 300-Milliarden-Dollar-Marke überschreiten.

Heute ist die Welt elektronischer Übermittlung in handelspolitischer Hinsicht noch unverdorben. Das GATT-System repräsentiert - um es leicht überspitzt darzustellen - das fünfzig Jahre währende Bestreben, die im Laufe eines Jahrhunderts geschaffenen tarifären und nichttarifären Handelshemmnisse zu beseitigen. Wenn wir heute die richtige Vision haben, ersparen wir es der nächsten Generation, diese Arbeit beim elektronischen Geschäftsverkehr zu wiederholen. Kein WTO-Mitglied erhebt derzeit Zölle auf elektronisch übermittelte Importe. Es werden keine Zölle für internationale Telefongespräche, Faxnachrichten oder Datenübermittlung per Computer erhoben, und diese Zollfreiheit sollte sich auch auf die elektronische Übermittlung im Internet erstrecken. Wir hoffen, daß das so bleibt und einen ersten Schritt zur Gewährleistung darstellt, daß elektronischer Handel ein Katalysator für Wachstum und eine Ausweitung des Handels bleibt.

Transparente, offene und wettbewerbsfähige Märkte

Das System muß sich auch mit Problemen befassen, die seit vielen Jahren bestehen, die es derzeit jedoch noch nicht lösen kann.

Beispielsweise gibt es in allen Ländern Regulierungssysteme zum Schutz von so elementaren Interessen wie Gesundheit, öffentliche Sicherheit und Sicherheit aller Bürger. Dies sind elementare Funktionen der Regierung. Wir müssen flexibel genug sein, um weitere Gebiete erforderlicher Regulierung auszumachen, die eine globale Antwort erfordern und gleichzeitig sicherstellen, daß bereits existierende Regulierungssysteme tatsächlich zu den transparenten, wettbewerbsfördernden Märkten führen, die sie unterstützen sollen. Die Finanzkrise in Asien erinnert unmißverständlich daran, daß echte Transparenz mehr ist als bloß die Formulierung von Regeln und Vorschriften.

Bei der Suche nach möglichen neuen Gebieten erforderlicher Regulierung sollten bestimmte Grundprinzipien angewendet werden. Die Rolle der WTO besteht nicht darin, ein System einheitlicher Regulierung zu fordern oder in irgendeiner Hinsicht von dem absoluten Recht der Regierungen abzulenken, bestimmte Normen für die Regulierung vorzuschreiben, vorausgesetzt sie sind weder diskriminierend noch willkürlich noch versteckte Handelshemmnisse. Vielmehr besteht die Rolle der WTO darin sicherzustellen, daß nationale Regulierungspraktiken völlig transparent und nicht politisch gelenkt sind. Das beinhaltet Grundsätze für echte Inländerbehandlung und ordnungsgemäße Verfahren, die Verpflichtung zur Veröffentlichung und Verbreitung aller Vorschriften um zu gewährleisten, daß diese veröffentlichten Vorschriften und keine anderen tatsächlich angewendet werden. Die Notwendigkeit klarer, durchsetzbarer Regeln beinhaltet auch die Notwendigkeit unparteiischer Regulierungsbehörden.

Ich möchte zwei konkrete Beispiele anführen: Wettbewerbspolitik sowie Bestechung und Korruption.

1. Wettbewerbspolitik

Viele Länder sind - ebenso wie wir seit den Zeiten Teddy Roosevelts zur Jahrhundertwende - der Ansicht, daß die Durchsetzung sinnvoller Wettbewerbsgesetze für die Gesundheit der Wirtschaft unerlässlich ist. Die wirtschaftliche Globalisierung hat die Bedeutung einer starken Wettbewerbspolitik für die nationalen Volkswirtschaften noch erhöht. Und sie hat die Frage aufgeworfen, ob ein internationales Regime notwendig ist, wenn internationale Kartelle wahrscheinlicher und transnationale Unternehmenszusammenschlüsse häufiger werden.

Ein solches Regime kann nicht schnell oder einfach geschaffen werden. Die WTO-Mitglieder ergreifen ganz unterschiedliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Kartellbildung - sowohl im Hinblick auf den Inhalt von Gesetzen als auch auf ihre Durchsetzung. Fast die Hälfte der WTO-Mitglieder hat keine eigenen Wettbewerbsgesetze. Es ist jedoch entscheidend, daß

wir eine internationale Wettbewerbskultur und vernünftige Gesetze zur Bekämpfung der Kartellbildung erarbeiten, die auf gemeinsamen Erfahrungen, bilateraler Zusammenarbeit und technischer Hilfe gründen. Auf dieser Grundlage sollten wir uns auf die verwerflichsten Praktiken konzentrieren. Und langfristig wird das die Grundlage für ein umfassenderes Regelwerk für die Wettbewerbspolitik legen.

2. Bestechung und Korruption

Auch zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption sind globale Aktionen erforderlich. Die Regierungen erkennen allmählich, was jeder, der mit korrupten Regierungsvertretern zu tun hat, bereits weiß: Bestechung untergräbt politische Prozesse und kann sie zerstören. Sie behindert effiziente Märkte und ist ein unsichtbares Handelshemmnis für die meisten Importe und Verträge. Der von Industrie- und Entwicklungsländern gleichermaßen gezahlte Preis für fortgesetzte Bestechung und Korruption ist nicht tragbar.

Die sichtbarsten Bestrebungen zur Lösung des Problems wurden von der OECD unternommen. 1994 gab die OECD eine Empfehlung zur Bekämpfung von Bestechung und 1996 über das Verbot ab, bei internationalen Wirtschaftstransaktionen gezahlte Bestechungsgelder von der Steuer abzusetzen. 1997 stimmten wir gemeinsam mit 34 anderen Staaten einer Konvention zu, die von den Regierungen verlangt, die Bestechung ausländischer Amtsträger unter Strafe zu stellen.

Die WTO hat Grundregeln aufgestellt, die die Möglichkeit von Bestechung und Korruption verringern - beispielsweise Transparenz bei der staatlichen Auftragsvergabe und die Festsetzung von Zöllen - und mit ihrer Durchsetzung begonnen. Obwohl das erste wichtige Schritte sind, müssen wir mehr unternehmen, um strenge Vorschriften einzuführen, ihre entschlossene Durchsetzung zu gewährleisten und unter den Politikern eine globale Ethik zu schaffen, die jede Form von Bestechung und Korruption verbietet. Nachdem dank der von mir erwähnten Bestrebungen die Grundlagen geschaffen wurden, sollte die WTO die Arbeit der OECD fortsetzen und damit beginnen, Bestechung und Korruption direkt zu bekämpfen.

Die größeren Dimensionen des Handels

Drittens muß das System die grundlegenden Beziehungen zwischen Handel und Umwelt sowie zwischen Handel und Arbeitnehmerrechten erkennen und sich damit befassen.

1. Handel und Umwelt

Im Hinblick auf die Umwelt beginnen wir mit den offensichtlichen Tatsachen: Handel und Umwelt sind gleichermaßen entscheidend. Die Schlüsselfrage ist,

wie beidem so Rechnung getragen werden kann, daß ein auf Regeln gestütztes Handelssystem geschützt wird, Umweltbelange wenn nötig in Betracht gezogen werden und Handel und Umwelt wenn möglich aufeinander abgestimmt werden.

Die Chance ist offensichtlich: Eine praktische Agenda für das nächste Jahrzehnt, die für Handel und Umwelt gleichermaßen von Vorteil ist. Ein Beispiel ist das im Forum für asiatisch-pazifische wirtschaftliche Zusammenarbeit (APEC) geschlossene Abkommen über die Abschaffung von Zöllen auf Umweltgüter und -dienstleistungen, dem wir hoffentlich im Rahmen der WTO weltweite Geltung verschaffen können. Um die Umwelt, insbesondere in den Entwicklungsländern, zu schützen, müssen wir praktischen Problemen unsere Aufmerksamkeit zuwenden: Sicherstellen, daß die Städte über Kläranlagen verfügen, daß Kraftwerke Aktivkohlefilter haben etc. Ein globales Abkommen über die Abschaffung von Zöllen auf diese Güter und Dienstleistungen wird diese für die Regierungen der Entwicklungsländer billiger machen, wodurch der Handel wächst, während die Qualität der Luft, des Wassers und die öffentliche Gesundheit verbessert werden. Das wird uns auch bei unseren Anstrengungen zur Verlangsamung des Klimawandels helfen, während eine effiziente Stromerzeugung für die Entwicklungsländer billiger wird.

Trotz dieser Chance gibt es weiterhin zwischen Industrie und Umweltgruppen sowie zwischen den einzelnen Ländern große Meinungsverschiedenheiten über das weitere Vorgehen. Wir haben in der Uruguay-Runde mit der Gründung des Ausschusses für Handel und Umwelt große Fortschritte gemacht. Der Ausschuß macht jedoch langsamere Fortschritte als wir uns wünschen. Und die jüngste Entscheidung über Krabben und Schildkröten zeigt, daß das System sich stärker für die Unterscheidung zwischen soliden Umweltgesetzen und versteckten Handelshemmnissen einsetzen muß, selbst wenn die WTO eindeutig das Recht ihrer Mitgliedsländer anerkennt, Gesetze zum Schutz natürlicher Ressourcen zu verabschieden. Es gibt einen Weg, und wir müssen ihn finden. Nachhaltige Entwicklung ist nicht nur dem Welthandel förderlich, sie muß auch zu einem Grundprinzip des Welthandelsystems werden.

2. Handel und Arbeitsnormen

In ähnlicher Weise muß sich die WTO mit Handel und Arbeit befassen. Die grundlegenden Arbeitsnormen - Verbot von Sklaverei und ausbeuterischer Kinderarbeit, Koalitionsfreiheit und das Recht auf Beteiligung an Tarifverhandlungen, Sicherheit am Arbeitsplatz - sind nicht nur westliche Werte, sondern international anerkannte Menschenrechte. Viele, wenn nicht alle WTO-Mitgliedstaaten stimmen diesen Normen in der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zu.

Die OECD hat festgestellt, daß Handel und Wachstum ein wichtiger Weg zur Förderung dieser Normen sind. Offenerere Volkswirtschaften wachsen schneller. Schnelleres Wachstum schafft ein verfügbares Einkommen für den Einzelnen und Einnahmen für die Regierungen. Und das hilft den Eltern, ihre Kinder weiterhin in die Schule zu schicken; den Regierungen, gute Strafverfolgungsbeamte zu ernennen und auszubilden, die Arbeitsnormen durchsetzen; den Unternehmen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und den Ländern allgemein, Arbeitsplätze aufzuwerten.

Wir alle wissen jedoch aus Erfahrung, daß die Liberalisierung der Märkte allein nicht ausreicht. Um weiterhin die Unterstützung für offenen Handel zu sichern, ist entscheidend, diese Frage im Kontext der Handelspolitik anzugehen. Wenn das Handelssystem nicht als Teil der Lösung für ausbeuterische Kinderarbeit, Zwangsarbeit oder unmenschliche Arbeitsbedingungen gesehen wird, werden viele annehmen, es sei Teil des Problems. Die Herausforderung für das System besteht darin, einen Konsens zu erzielen, daß offener Handel nicht nur wirtschaftlichen Wohlstand, sondern auch grundlegende Arbeitnehmerrechte fördern sollte.

Vertrauen der Öffentlichkeit und globales Wachstum

Schließlich - und das ist vielleicht am wichtigsten - muß das WTO-System die Unterstützung der Öffentlichkeit hier und weltweit haben.

Die Zunahme des Welthandels hat eine enorme Ausweitung des Wohlstands bewirkt - auf der Welt insgesamt sowie hier in Amerika, wo wir uns größtenteils dank des Handels im siebten Jahr des Wirtschaftswachstums befinden. Die Geschwindigkeit des Wandels in der heutigen Wirtschaft verursacht jedoch Besorgnis und Angst sogar unter den Arbeitnehmern und Verbrauchern, die die Vorteile des globalen Handels genießen. Viele fürchten, der wachsende Handel und der technologische Fortschritt würden die Arbeit der Menschen mit weniger Bildung und Fertigkeiten abwerten.

Das Arbeitsministerium berichtet, daß die Arbeitslosenquote der Collegeabsolventen unter zwei Prozent, die derjenigen ohne High School-Abschluß bei mehr als sieben Prozent liegt. Und wenn die Ängste dieser Menschen nicht zerstreut werden, werden die Bestrebungen der Regierung zur Förderung des Handels wahrscheinlich scheitern.

Die Antwort auf diese letzte Herausforderung besteht aus drei Teilen.

Erstens müssen wir uns bewußt machen, daß die Handelspolitik nicht alle Probleme lösen kann. Der Handel wird weiter wachsen, solange die Welt in Frieden lebt. Die Technologie wird sich weiterentwi-

ckeln, solange die Menschen kreativ sind. Wir benötigen Bildung und Anpassung um sicherzustellen, daß unser Land und die Menschen sich weiterentwickeln. Es gibt absolut keinen Grund, warum nicht jeder über die Fähigkeiten verfügen sollte, die für Erfolg in der neuen Welt erforderlich sind. Derzeit ist das aber noch nicht bei allen von uns der Fall.

Bildung von der Grundschule bis zum College muß jedem Kind angeboten werden. Aus diesem Grund hat der Präsident den Kongreß um das Geld gebeten, den Schulen im ganzen Land bei der Einstellung von 100.000 neuen Lehrern zu helfen, jeder Schule Internet-Zugang zu verschaffen und allen jungen Amerikanern die erforderlichen Fähigkeiten zu vermitteln. Aus diesem Grund hat er Programme für lebenslanges Lernen gefordert, damit ältere Arbeitnehmer mit Hilfe von Pell-Stipendien, Steuerfreibeträgen und -vergünstigungen ihre Fähigkeiten verbessern, eine Rückkehr auf die Schulbank zu finanzieren. Und aus diesem Grund müssen Weiterbildung, Gesundheitsfürsorge, Anpassungshilfen und andere Dienstleistungen angeboten werden - nicht nur als Initiative bestimmter Unternehmen, sondern auch beim Arbeitsplatzwechsel der Arbeitnehmer. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Reform der Anpassungshilfe beim Handel und mehr Finanzmittel für die Ausbildung der Arbeitnehmer allgemein ein.

Zweitens muß das Handelssystem allgemein offener für die bürgerliche Gesellschaft sein. Es gibt keinen Grund, warum die interessierte Öffentlichkeit davon ausgeschlossen sein sollte, Streitschlichtungsverfahren zu beobachten oder amicus-Schriftsätze einzureichen. Der Input der Öffentlichkeit ist für uns bei allen unseren WTO-Rechtsstreitigkeiten sehr wertvoll. Heimlicherei schafft Mißtrauen. Daher müssen wir die WTO, einschließlich ihres Streitschlichtungsgremiums, offener, transparenter und für die Öffentlichkeit zugänglicher machen, wenn die Öffentlichkeit Vertrauen in sie setzen soll.

Drittens müssen wir diesen Maßnahmen verstärkte Bestrebungen zur Verbesserung des Bewußtseins der Öffentlichkeit für die Rolle des Handels in der Wirtschaft hinzufügen. Die Tatsachen sind offenkundig: Jeder fünfte amerikanische Arbeitsplatz ist exportabhängig; die Bezahlung für diese Arbeitsplätze liegt 13 bis 16 Prozent über dem Durchschnittslohn; wir werden in Zukunft nicht prosperieren, wenn wir nicht den 96 Prozent der Menschheit, die außerhalb der amerikanischen Grenzen leben, unsere Produkte verkaufen können; die richtige Bildungs- und Ausbildungspolitik kann jedem helfen, diese Chancen zu

nutzen. Die Öffentlichkeit - in den ganzen Vereinigten Staaten, nicht nur in Washington - muß die Fakten kennen. Die OECD stellte im vergangenen Jahr fest, daß die Politik mit Verständnis der Öffentlichkeit kombiniert werden muß, wenn die Anhänger größerer Marktoffenheit den heftigen Reaktionen derjenigen widerstehen wollen, die den Risiken des Wandels am stärksten ausgeliefert sind sowie derjenigen, die protektionistische Argumente für politische Zwecke nutzen wollen.

Schlußbemerkung

Ein Scheitern könnte schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen. Die während eines halben Jahrhunderts unternommenen Bestrebungen zur Schaffung von Wohlstand, Arbeitsplätzen, Wachstum und einem höheren Lebensstandard könnten unterbrochen werden. Und die Fähigkeit der Vereinigten Staaten zur Gestaltung der Welt des 21. Jahrhunderts würde sinken oder schwinden.

Wenn wir jedoch zu Beginn des neuen Jahrhunderts unsere Bestrebungen verdoppeln, wird die Belohnung - in moralischer und materieller Hinsicht - enorm sein: Einkommensteigerungen hier in den Vereinigten Staaten. Neue Produkte und Dienstleistungen. Erleichterung der Geschäftstätigkeit. Eine schnellere Ausbreitung von Medikamenten, Umweltechnologie und anderen Dingen, die die Lebensqualität verbessern.

Und jenseits unserer Grenzen eine Welt, die unsere höchsten Werte widerspiegelt.

In der neue Technologien die Redefreiheit zur Realität werden lassen.

In der harte Arbeit, Kreativität und Initiative des Einzelnen belohnt werden.

In der Rechtsstaatlichkeit stärker ist als Gewalt.

In der der einfache Bürger mehr Mitbestimmungsrecht über sein eigenes Leben hat und seinen Kindern bessere Perspektiven bieten kann als zu jedem anderen Zeitpunkt in der Geschichte des Menschen.

Mit anderen Worten, in einer Welt, die - wie die Gründerväter des GATT-Systems hofften und glaubten - den Menschen Freiheit von Mangel und Freiheit von Furcht bietet.

Ich danke Ihnen.

* * * * *